

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 49

Vorwort: Editorial
Autor: Raschle, Iwan

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Rezession zwingt Wirtschaft und Staat zu ungewöhnlichen Sparmassnahmen. Nachdem zahlreiche Angestellte von ihren Arbeitgebern den blauen Brief erhalten haben, werden sie Mitte nächsten Jahres nun auch noch von der Arbeitslosenversicherung kaltgestellt. «Lieber Arbeit als Arbeitslosenentschädigung» lautet die Devise des Bundesrates, was im Klartext heisst: weniger Lohnersatz und keine frei wählbare Tätigkeit mehr. «Der Arbeitslose muss zur Schadensminderung grundsätzlich jede Arbeit unverzüglich annehmen», schreibt die Landesregierung in ihrer Botschaft zur Revision der Arbeitslosenversicherung. Und schiebt damit all jenen einen Riegel, die auf Kosten des Staates jahrelang auf der faulen Haut liegen. Künftig wird das Taggeld nach einem halben Jahr um fünf Prozent gekürzt, nach einem Jahr um weitere fünf Prozent; und wer länger als vier Monate arbeitslos ist, muss eine Arbeit auch dann annehmen, wenn sie weder seinen Fähigkeiten noch seiner früheren Tätigkeit entspricht. Damit nicht genug: Künftig wird uns ein täglicher Arbeitsweg von vier Stunden zugemutet; das sind zwei Stunden mehr, als wir in guten Zeiten im Zug, Auto oder Tram dem täglichen Brot entgegenfahren mussten.

Ist der Bundesrat von allen guten Geistern verlassen, und hat zum Beispiel die ehemalige Gewerkschafterin und heutige Sozialministerin Ruth Dreifuss vergessen, wofür sie noch vor kurzer Zeit gekämpft hat? Die Antwort heisst ganz klar nein! Zugegeben: Als Gewerkschafterin hätte sich Frau Dreifuss nicht gerade gefreut über diese Botschaft, ja sie hätte sogar in den Protestschrei des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes eingestimmt, der die Frage ins Land stellt, ob das nun einer «gesetzlich verankerten Zwangsarbeit» gleichkomme. Aber Frau Dreifuss ist nicht mehr Gewerkschafterin, sondern vertritt als Bundesrätin höhere Interessen. Und sie ist vor allem nicht für den Sozialabbau verantwortlich. Das Biga ist ihrem Kollegen Jean-Pascal Delamuraz unterstellt, und der weiss schliesslich, was es heisst, hart zu arbeiten. Auch den anderen Bundesräten kann kein Vorwurf gemacht werden, ist von ihnen doch bekannt, wieviel sie schufteten und wie wenig sie am Kissen horchen. Adolf Ogi zum Beispiel begnügt sich mit vier Stunden Schlaf, und mit dem Helikopter legen die Magistraten Distanzen zurück, die kein normaler Arbeitnehmer auf sich nehmen würde. Die Arbeitslosenversicherung muss finanziell wieder auf gesunden Beinen stehen. Das ist die Hauptsache, und dafür müssen die Erwerbslosen nun eine kurze Zeit lang hartes Brot beissen.

Schaden tut das gewiss niemandem. Vielleicht geht es den einen oder anderen bald etwas schlechter, aber was tut das schon zur Sache, wenn's dafür mit der allgemeinen Wohlfahrt bergauf geht? Die Beamten haben die Teuerung schliesslich auch nicht voll ausgeglichen bekommen, Bundesratssitze sind ebenfalls wackliger als auch schon, und die sogenannten florierenden Unternehmen machen recht eigentlich gar keine Gewinne, sondern sparen in der Not. Vor diesem Hintergrund sehen die angeblich harten Massnahmen gegenüber den Arbeitslosen gar nicht so schlimm aus. Weit tragischer wäre es, die ohnehin arg gebeutelte Wirtschaft zu löchern. Arbeitslose, da hat der Bundesrat ganz recht, sind schliesslich arbeitslos – also geht es nicht darum, ihnen dafür Geld zu geben, sondern sie an kurzer Leine zu halten, damit sie bald wieder arbeiten gehen. Ohne Wenn und Aber und ohne überrissene Lohnforderungen. Deshalb sei hier unserer Regierung im Namen der Wirtschaft, der Nichtarbeitslosen und der Erfolgreichen gedankt. Wir haben lange über unsere Verhältnisse gelebt, jetzt müssen die Arbeitslosen eben mal ohne Speck auskommen. Und bearbeiten, was auf den Tisch kommt.

IWAN RASCHLE

Unbekannte Schweiz	Seite 6
Skandalöser Unfall: Geheimdienst bastelte an einer Atombombe	Seite 10
Offener Brief an Ruth Dreifuss: Bringt Arnold Koller endlich die Rechtschreibung bei!	Seite 14
Nebizin: «One step beyond» von Ursus & Nadeschkin	Seite 41

Titelbild: Martin Senn



Der Nikolaus ist da!
Seite 27